

Luzern, 11. September 2017

Regierungserklärung zur Eröffnung der KR-Session

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das ist eine besondere Zeit und das ist eine besondere Session. Sie erlauben mir, dass ich uns allen ein paar Worte mit auf den Weg gebe. Uns allen, die im Auftrag der Bevölkerung die Politik gestalten.

Unsere Situation ist folgende: Die Kosten steigen im Gesundheitswesen stark an. Dort zahlt der Kanton mehr als die Hälfte der Kosten. Die Kosten steigen auch in den Schulen an. Dies, weil wir immer mehr Schüler und Studierende haben. Dies alles, weil wir ein Wachstumskanton sein wollen. Und die Kosten sind auch im Asylwesen hoch. Es handelt sich um Kosten, die der Bund nicht deckt. In der Luzerner Verwaltung sind die Kosten seit Jahren nicht mehr gestiegen. Ein Vergleich aus dem Jahr 2014 zeigt, dass die Luzerner Verwaltungskosten um 12 Prozent unter dem Schweizer Durchschnitt liegen. Trotzdem wurde die Verwaltung im Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17) und in der Organisationsentwicklung (OE17) zusätzlich belastet. Ich kann Ihnen sagen, das Personal trägt ihren Teil zum Sparen bei. In vielen Bereichen laufen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Limit. Es ist falsch zu glauben, dass das gesamte Leistungswachstum auf Kosten der Verwaltung refinanziert werden kann. Es ist darum auch nicht situationsgerecht, dass man auf einzelne Stellen oder Mitarbeiter in der Verwaltung schießt. Es sind andere Bereiche, in denen wir die grossen Mehrkosten decken müssen. Ich habe es bereits erwähnt.

Wie können wir diese Mehrkosten decken? Die Optionen, die wir haben, sind überschaubar. Es sind genau drei:

- Wir können Mittel aus anderen Aufgabenbereichen umverteilen.
- Wir können die Steuern erhöhen.
- Wir können Schulden machen.

Aus denen drei Optionen können wir auswählen. Aber, Leistungen abbauen ist nicht sozial, Steuern erhöhen ist nicht mehrheitsfähig und Schulden machen ist nicht nachhaltig. Egal, für was wir uns entscheiden, es ist entweder nicht sozial, nicht mehrheitsfähig oder nicht nachhaltig! Wir haben gesehen, wo das hinführt: Wir haben immer noch kein Budget 2017. Und für die Jahre 2018 und 2019 sind wir noch nicht im grünen Bereich.

Sie, geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte und wir, die Regierungsräte: Wir sind vom Volk gewählt! Wir haben den Auftrag, zu unserem Kanton Sorge zu tragen. Es braucht Mut, für eine Sache hart zu kämpfen. Es braucht aber mehr Mut, für einen Kompromiss die Verantwortung zu übernehmen. Man muss wissen, wann es Zeit ist für einen Kompromiss. Das braucht politischen Instinkt und Redlichkeit! Ich glaube, es ist deutlich geworden, wohin Sturheit hinführt, nämlich in eine Sackgasse. Es ist klar, dass es einen Kompromiss braucht, damit der Schaden nicht noch grösser wird. Einen Kompromiss bei den Schulden, einen Kompromiss bei den Leistungen und mittelfristig einen Kompromiss bei den Einnahmen. Sowie einen Kompromiss zwischen Kanton und Gemeinden. Die Gemeinden sind mit dem Kanton eng verflochten. Am Schluss müssen alle öffentlichen Aufgaben gemacht und vor allem finanziert sein. Es bringt darum nichts, den Kanton und die Gemeinden gegen einander auszuspielen.

Sie haben es in der Hand, die Kompromisse möglich zu machen. Sie entscheiden in dieser Session, ob Sie den Voranschlag 2017 beschliessen wollen oder nicht. Es ist nicht der Voranschlag, den Ihre Fraktionen wollten. Es ist auch nicht der Voranschlag, den die Regierung wollte. Es ist ein Kompromiss, der den Investitionsstau beendet, der den Schaden in der Wirtschaft begrenzt, der Rechtsicherheit schafft, der die Blockade löst und die Ausgangslage für das Jahr 2018 klärt. Sie werden auch über die Lockerung der Schuldenbremse be-

schliessen. Das ist keine Lockerung, die Freude macht. Aber es ist ein Kompromiss, damit die Bevölkerung wichtige Leistungen weiterhin beziehen kann.

Geschätzte Damen und Herren Kantonsräte. Wir alle sind gewählt, damit wir Sorge tragen zum Kanton Luzern. Der Kanton ist nicht das Ergebnis eines Parteiprogrammes, sondern das Produkt von unzähligen politischen Kompromissen.

Und hier erlaube ich mir eine Klammerbemerkung. Wer glaubt, mit viel Lärm und Schlagwörtern mit sogenannten kreativen Lösungen, welche aufgrund von Gesetzen nicht umsetzbar sind, setze man sich für die Bevölkerung ein, liegt falsch. Wir alle hier, im Kantonsratssaal, wollen das Beste für unsere Bevölkerung. Aber es gibt Rahmenbedingungen, wie Volksabstimmungen, welche wir alle akzeptieren müssen. Und es gibt Gesetze, die wir notabene selber gemacht haben, die wir einhalten müssen. Dies alles, ob es uns passt oder nicht. Aus guten Kompromissen gibt es auch gute Mehrheiten. Da nützt es auch nichts, wenn man die Institution "Kanton Luzern" schlecht redet. Die Regierung wird und muss sich an die Gesetze halten und wird Volksentscheide umsetzen. Ich wünsche uns allen Kompromissfähigkeit, das heisst Handlungsfähigkeit, in dieser Session und in der Dezembersession, wenn es um das Budget 2018 und um die Weichenstellung für die Folgejahre geht.

Ich danke Ihnen.

Guido Graf
Regierungspräsident